

## // **Presseinformation** //

### **Grundschulen am Rande des Erträglichen – Maßnahmen zur Aufwertung der Primarstufe**

Die GEW zieht in ihrer heutigen Pressekonferenz nach Auswertung ihrer Fachtagung „Vielfalt ist unsere Stärke - Arbeitsplatz Grundschule neu denken“ vom 15.03.17 eine ernüchternde Bilanz. Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz: „Die Grundschulen in Rheinland-Pfalz sind nicht so aufgestellt, dass unterrichtliche und insbesondere erzieherische Arbeit im Sinne der Grundschulordnung umgesetzt werden kann. Viele Grundschullehrkräfte fühlen sich mit ihrem hohen Engagement und Gestaltungswillen in ihrer Tätigkeit am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Sie sind überlastet, weil sie tagtäglich bestehende Defizite auffangen müssen und die Anforderungen an ihre Arbeit immer mehr zunehmen.“

Die gesellschaftliche Minderbewertung der Grundschule zeige sich, so Hammer weiter, an der nach wie vor niedrigsten Entlohnung im Vergleich mit anderen Lehrämtern und an der höchsten Unterrichtsverpflichtung sowie an der schlechtesten Versorgung der Schulen mit Verwaltungspersonal. Ein Riesensproblem stelle der immer größer werdende Fachkräftemangel von ausgebildeten Grund- und Förderschullehrkräften sowie pädagogischen Fachkräften dar. Es fehlten nach wie vor geeignete Konzepte und Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel. Die rheinland-pfälzischen Studienseminare für Grundschulen können seit Jahren nicht mehr alle Plätze für den Vorbereitungsdienst besetzen, weil es nicht mehr genügend Bewerberinnen und Bewerber gibt. „Man kann schon den Eindruck bekommen, dass das Bildungsministerium die Situation zu verharmlosen versucht“, stellt Carmen Zurheide, Vorsitzende der GEW-Landesfachgruppe Grundschulen, fest. „Auf der offiziellen Seite des Bildungsministeriums wird trotz dieser Mangelsituation nur ein mittlerer Einstellungsbedarf an Grundschulen angegeben, dabei ist seit Jahren erkennbar, dass der Mangel an Grundschullehrkräften dramatisch zunehmen wird, wenn man nicht beherzt dagegen steuert.“

Das Problem des Fachkräftemangels verschärfe sich durch die Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer, die schnellere und flexiblere Einstellungen auf feste Stellen vornehmen: „Während viele Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz drei bis fünf Jahre auf eine Planstelle warten müssen, obwohl an den Schulen ein hoher Einstellungsbedarf besteht“, so Zurheide, „erhalten sie in anderen

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:  
<http://www.gew-rlp.de>

Bundesländern zeitnah eine Planstelle und außerdem eine bessere Besoldung. Von 331 Planstellen, die zu Beginn des Schuljahres vergeben wurden, sind nur 25 % mit neuen Personen besetzt worden. Die meisten Kolleginnen und Kollegen arbeiteten zuvor bereits in Vertretungsverträgen.“

Der Fachkräftemangel führt inzwischen dazu, dass von 700 Vertretungsstellen 248 Verträge mit Kolleginnen und Kollegen ohne abgeschlossene Grundschulausbildung besetzt worden sind, davon 82 sogar ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung. Die fachliche Unterstützung dieses Personenkreises an den Schulen macht zusätzliche Mentorentätigkeiten erforderlich, für die nach wie vor keinerlei Ausgleich vorgesehen ist.

„Die Unterrichtsversorgung wird vom Bildungsministerium mit 99,4 % als gut bewertet“, kritisiert Hammer. „Gut ist sie aber keineswegs. Von einer hundertprozentigen Versorgung wird gar nicht erst ausgegangen. Das bedeutet faktisch einen eingeplanten Unterrichtsausfall. Zur Deckung des Personalbedarfs wäre dagegen eine Versorgung von quasi 115 % nötig, um Unterrichtsausfall etwa durch Beschäftigungsverbote in der Schwangerschaft, Erkrankungen und Fortbildungen aufzufangen. Aufgrund der seit Jahren zu geringen Personalbemessung durch Planstellen wird die unterrichtliche und pädagogische Arbeit an den Grundschulen erschwert. Es gibt immer weniger Freiräume, flexibel auf die Lernsituation der Kinder reagieren zu können, um sie individuell zu fördern und zu fordern. An einigen Grundschulen muss aufgrund Personalmangels die Klassenmesszahl überschritten werden, was die Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte sehr belastet.“

Zudem sei der benannte Wert der Unterrichtsversorgung von 99,4 % geschönt. Denn zusätzliche Förderlehrkraftwochenstunden, beispielsweise im sozialen Brennpunkt, werden von Förderschullehrkräften erbracht und der Grundschule angerechnet. Das Defizit im Grundschulbereich werde damit rechnerisch verringert. „All dies führt dazu, dass Grundschulen mit besonderem Bedarf die schlechteste Personalversorgung haben“, erläutert die Landesfachgruppenvorsitzende Zurheide. „Auch die 142 Feuerwehrlehrkräfte sind fast ausnahmslos in Klassenleitungen gebunden und stehen daher als Vertretungsreserve nicht mehr zur Verfügung. Ein alternatives Vertretungskonzept gibt es schlichtweg nicht.“

Hammer ergänzt: „Ein weiteres Problem sehen wir in der stetigen Zunahme der Arbeitsbelastungen von Grundschullehrkräften durch steigende Bürokratisierung wie beispielsweise das Erstellen von Dokumentationen, die Umsetzung von Maßnahmen der Qualitätssicherung, die Bearbeitung von Fördernachweisen und Anträgen und die Protokollierung von Elterngesprächen. Diese bürokratischen Abläufe erfordern viel Zeit. Schulleitungen in Grundschulen bekommen von allen Schularten die wenigsten Anrechnungstunden für Verwaltungstätigkeiten. Leitungsarbeit in Grundschulen ist neben der niedrigen Entlohnung auch dadurch höchst unattraktiv. Aufgrund der extrem schlechten Arbeitsbedingungen sind Schulleitungen extrem überlastet. Es wundert daher nicht, dass zurzeit von 1288 Schulleitungs- und Stellen für Konrektorinnen bzw. Konrektoren ca. 150 nicht besetzt sind und die Arbeit von den Lehrkräften übernommen werden muss. Für kleine und mittelgroße Schulen ist eine solche Stelle für Konrektorinnen bzw.

Konrektoren gar nicht vorgesehen und für Verwaltungskräfte stehen ihnen nur wenige Stunden in der Woche zur Verfügung.“

Die GEW kritisiert außerdem den an manchen Schulstandorten erheblichen Renovierungstau und die zum Teil mangelnde Ausstattung an rheinland-pfälzischen Grundschulen. Die räumlichen Bedingungen entsprechen bei weitem nicht mehr den Anforderungen zeitgemäßen Lernens. Vor allem in Städten herrscht akute Raumnot und eine unzureichende Ausstattung mit Lernmaterial und zeitgemäßen Medien.

Am 15. März diesen Jahres wurden die geschilderten Zustände auf einer GEW-Fachtagung von den Teilnehmenden scharf kritisiert und Forderungen an die politisch Verantwortlichen gestellt.

Der Vorsitzende Hammer: „Die Forderungen an die Politik lassen sich kurz und knapp benennen. So ist die Einstellung von mehr qualifiziertem Personal zur Schaffung und zum Ausbau multiprofessioneller Teams dringend erforderlich. Wir fordern eine Aufwertung der Arbeit an Grundschulen durch ein 10-semesteriges Masterstudium und durch eine höhere Bezahlung nach dem Motto „Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“. Also eine Eingruppierung nach Entgeltgruppe E 13 für Tarifbeschäftigte bzw. Besoldung nach A 13 für Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz. Nur so werden wir es schaffen, dass es attraktiver wird, Grundschullehramt zu studieren. Zur Erinnerung: Grundschullehrkräfte haben im Vergleich mit allen anderen Schularten die höchste Unterrichtsverpflichtung und das niedrigste Entgelt.“

Konzepte und Maßnahmen gegen den herrschenden Lehrkräftemangel müssten erstellt und umgesetzt werden. Dazu gehörten die Bereitstellung von deutlich mehr Planstellen sowie eine zeitlich flexiblere Planstellenvergabe, damit ausgebildete Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz bleiben. Neue Grundschullehrkräfte können durch eine Vereinfachung der Wechselprüfung aus anderen Schularten gefunden werden. Und ganz ohne Zweifel müsse mehr Geld für eine bessere Ausstattung der Schulen bereitgestellt werden.

Schulleitungen müssen in ihrer Arbeit entlastet werden, sie brauchen mehr Freistellung und mehr Verwaltungspersonal, um eine Schule pädagogisch leiten und weiterentwickeln zu können.

„Die Aufwertung des Berufsbildes der Lehrkräfte an Grundschulen“, so Hammer abschließend, „sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort müssen endlich angegangen werden. Die GEW wird auf allen Ebenen dafür kämpfen.“

Mainz, den 28. April 2017